

Der Kampf um die Windmühlen

Deutschlandweit protestieren Bürger gegen Windkraft. Das Umweltministerium will vermitteln **VON CHRISTIANE GREFE UND STEFAN SCHIRMER**

Wenn Günter Raake vor sein Haus auf der Insel Rügen tritt, sieht er vor sich den Kölner Dom. Zumindest stellt er ihn sich vor: einen Koloss, der 150 Meter aufragt, auf einem Acker ein paar Hundert Meter von seinem neuen Wohnhaus entfernt. So hoch sollen »die Monster« werden, wie Raake jene fünf Windkraftanlagen nennt, die ein Investor bauen will.

Erst 2015 zog der ehemalige Musikmanager von Hamburg nach Wittow, auf die Halbinsel im Norden von Rügen. Kiefernwald, Sandstrände, die Steilküste am Kap Arkona – Raakes neue Heimat gleicht einem Gemälde von Caspar David Friedrich. In dem 985-Seelen-Ort Altenkirchen kaufte der 53-Jährige ein Haus mit zwei angrenzenden Ferienwohnungen, Obstwiese und Angelteich im Garten, die Ostsee in Laufweite. »Ein Träumchen«, sagt er. »Und meine Alterssicherung.«

Doch seit Günter Raake im Juli 2016 von den Plänen für die Windkraftwerke vor seiner Haustür erfuhr, kann er diesen Traum nicht mehr genießen. Seither dreht sich für ihn alles um den »Windkraft-Wahnsinn Rügen«. So heißt die Bürgerinitiative, deren Sprecher er ist. Raake ist nicht der Einzige, der die Anlagen fürchtet. In Wittow unterstützt jeder vierte Bewohner die Windkraftgegner. Mehr als tausend Unterschriften haben die schon gesammelt, sie haben sich mit ihrem Protest an Ämter und Politiker gewandt, ja sogar an die Bundeskanzlerin, die ihren Wahlkreis auf Rügen hat. Mittlerweile spaltet ihr Kampf den gesamten Ort: Es gebe Paare, die wegen der Windmühlen zeitweise nicht mehr miteinander redeten, erzählt Raake. Lokalpolitiker würden beschimpft. Mancher habe Angst, dass ihm die Autoreifen zerstoßen werden, aus Rache für sein Engagement. Ob nun für oder gegen die Windkraft.

Konflikte wie in Wittow gibt es inzwischen in der ganzen Republik. Rund 26 000 Windkraftanlagen erzeugten Ende 2015 auf dem deutschen Festland Strom, im vergangenen Jahr wurden etwa 1600 Windmühlen neu errichtet, und 2017 erwartet die Branche ebenfalls Zuwächse. Doch das weckt vielerorts Widerstand. Etwa 630 Bürgerinitiativen kämpfen nach Angaben aus ihren Reihen bundesweit gegen die Windmasten. Anwälte haben sich auf das Thema spezialisiert, einer wirbt sogar mit einem »Windkraft-Abwehrteam«. Das alles könnte die ohnehin komplizierte Energiewende noch mehr verzögern. Weil es bei den Konflikten immer öfter um den Artenschutz geht, hat nun die Bundesregierung ein »Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende« in Berlin eingerichtet. Seit Anfang des Jahres soll es helfen, lokalen Streit wie den in Wittow zu schlichten.

Die Gegner sorgen sich um ihre Gesundheit, den Wert ihrer Häuser – und um die Natur

Ein Abend in Altenkirchen, dem Wohnort von Günter Raake, vor ein paar Wochen. Die Gemeinde hat in der Regionalschule zu einer Informationsveranstaltung eingeladen. Die Versammlung kam erst auf Druck der Widerständler zustande. Doch statt einer gewünschten Diskussionsrunde gibt es für die etwa 50 Bürger, die gekommen sind, einen Info-Basar in drei Klassenzimmern. Eines hat man der Bürgerinitiative zugewiesen, dort hängt nun das Banner »Windmonster runter von Rügen!«. In den anderen Räumen haben der Hersteller Enercon, ein Energieversorger und das beteiligte Planungsbüro Flyer und Plakate aufgehängt. In einer knappen Begrüßungsrede wirbt die Bürgermeisterin für die neuen Windmühlen, Nachfragen wimmelt sie ab: »Wir sind ehrenamtlich tätig und keine Fachleute auf dem Gebiet.«

Derweil läuft Thomas Sternberg durch die Schulräume. Der Investor aus Bargtheide wirbt hier für sein Projekt. Seit den neunziger Jahren habe er 75 Windkraftanlagen gebaut, erzählt er. Der Unternehmer präsentiert sich als Gönner: Durch ihn kämen alle im Ort an billigeren Strom.

Auch Günter Raake ist in die Regionalschule gekommen. Er will der Bürgermeisterin seine Liste mit den Unterschriften überreichen. Als er das tut, bricht ein Tumult los: »Wer sind Sie überhaupt?«, poltert ein Windmühlenbefürworter. »Und wer sind Sie?«, ätzt jemand von der Gegenseite. »Der Mann ist schon ein paar Tage länger hier auf Wittow als Sie!«, schnarrt der Investor.

Der Streit um die Windräder entzündet sich überall in Deutschland an ähnlichen Fragen. Günter Raake und seine Mitstreiter auf Rügen sagen, sie sorgen sich um ihre Gesundheit, den Wert ihrer Häuser und das Interesse an ihren Ferienwohnungen. Auf der Gegenseite argumentiert Investor Sternberg für sein Projekt: Der Norden Rügens sei nun mal »der beste Standort in den neuen Ländern«, sagt er. »Der Wind kommt hier meist übers Meer. Nicht verwirbelt, sondern glatt, das ist optimal für die Stromgewinnung.« Auch Bürgermeisterin Jutta Sill ist für die Anlagen – schon weil die bisher etwa 25 000 Euro Gewerbesteuer im Jahr einbringen. Nur so, sagt sie, könne der Ort seine Kita und die Freiwillige Feuerwehr erhalten.

Oft prallen die Interessen so hart aufeinander, dass Lösungsvorschläge kaum noch durchdringen. Dabei sind sich seit dem Atomunglück von Fukushima fast alle politischen Parteien und laut Umfragen auch mehr als 90 Prozent der Deutschen einig, dass die Energiewende sein muss. Selbst viele Mitstreiter von Günter Raake störte die Windkraft lange nicht. Seit 25 Jahren leben die allermeisten Inselbewohner friedlich damit. Jene Anlagen, die bisher am Rand



Toilettenhäuschen nahe der A 14 in Sachsen: Windkraftgegner sehen die Rotoren eher als Monster

Sturm auf die Großrotoren

630

Bürgerinitiativen kämpfen nach Angaben der Bundesinitiative Vernunftkraft deutschlandweit gegen die großen Windkraftanlagen. Günter Raake (Foto) mobilisiert im Norden von Rügen die Gegner. In Mecklenburg-Vorpommern wurde im vergangenen Jahr sogar eine Partei gegen den Ausbau der Windkraft gegründet. Ihr Name: Freier Horizont.



der Gemeinde stehen, sind allerdings lediglich 50 Meter hoch. Der Betreiber will nun die letzten fünf von ihnen abbauen und durch dreimal so hohe ersetzen, die zehnmal mehr Strom erzeugen würden – bis zu 3200 Kilowatt pro Stunde. Dank dieses »Repowerings« müssten weniger neue Masten gebaut werden, sagen die Investoren. Doch die Gegner fürchten, dass die Anlagen die Schönheit der Küste bedrohen. Außerdem würden die Großrotoren inmitten einer wichtigen Flugschneise für Zugvögel stehen, sagt Raake: »Wollen wir auf Rügen etwa dafür berühmt werden, dass hier massenweise Vögel aus Schweden gehäckselt werden?«

In einigen Bundesländern dürfen Anlagen inzwischen nur noch mit viel Abstand zu Siedlungen gebaut werden, um die Belästigung durch Lärm, Schall oder Schlagschatten zu verringern. Deshalb werden die Rotoren immer öfter in der offenen Landschaft errichtet – sehr zum Ärger der Verteidiger von Schwarztörchen und Rotmilanen. Das Spannungsfeld zwischen Klima- und Naturschutz lädt sich immer weiter auf. Die Windenergie spaltet sogar die Umweltverbände, Grün gegen Grün. So veröffentlichte Enoch zu Guttenberg, einer der Gründer des Naturschutzverbands BUND, kürzlich mit anderen Windkraftgegnern das Buch *Geopferte Landschaften*. Es ist nicht zuletzt eine Polemik gegen frühere Mitstreiter.

Manch andere instrumentalisieren Argumente der Artenschutzler auch für ihre Zwecke. So versuchen Rechtspopulisten, etwa von der AfD, mit dem Kampf gegen »vögelschreddernde Öko-Kruzifixe« Bürger auf ihre Seite zu ziehen. »Das rechte Lager stürzt sich auf das Thema«, sagt der CSU-Bundestagsabgeordnete Josef Göppel. »Oft haben dieselben Leute, die Angst vor Überfremdung durch Flüchtlinge haben, auch Angst vor Windkraft. Leute, die sich vorher für Natur und Landschaft nicht interessiert haben.«

Doch häufig ist das Problem schlicht eine Frage der Kommunikation. Laut Gesetz ist die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit »zwar Pflicht bei solchen Projekten. Aber in Altenkirchen hat es nie einen echten Dialog über die Windradpläne gegeben. Die Gemeindevertretung ließ die Pläne nur mit einer relativ kleinen Notiz in der Lokalzeitung und einem unauffälligen Aushang im Dorf ankündigen. Anstatt offen und offensiv mit den Beteiligten zu reden, schieben die Gemeinden oft die Verantwortung auf die nächsthöhere Genehmigungsinstanz ab. Hinzu kommt, dass die Genehmigungsverfahren schwer zu durchschauen sind. Dies macht viele Bürger zornig – oder panisch. »Viele Anwohner ver-

kennen vor lauter Aufregung, wie viel Einfluss sie noch nehmen können«, sagt der Natur- und Umweltschutzexperte Klaus-Dieter Feige. Der oberste Ornithologe von Mecklenburg-Vorpommern wurde vom Investor als Gutachter nach Altenkirchen bestellt. Bis Ende März soll er sein Gutachten vorlegen.

Um den Naturschutzkonflikt »zu versachlichen«, hat Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) das neue Kompetenzzentrum gründen lassen, mit vier Millionen Euro Jahresbudget. Es soll ein »neutraler Vermittler« sein. Träger ist daher nicht der Staat, sondern die Michael-Otto-Stiftung für Umweltschutz aus Hamburg. In seinem Beirat sitzen Vertreter von Wissenschaft, Energiewirtschaft, Naturschutz und Kommunen.

Eigens ausgebildete Schlichter sollen helfen, Lösungen zu finden

Eine Abteilung soll künftig Forschungsprojekte bewerten und vermitteln. Denn Kommunen und Bürger verlieren oft den Überblick angesichts widersprüchlicher Gutachten; sie kennen auch nicht die technischen Möglichkeiten, um etwa Seeadler oder Fledermäuse zu schützen. Eine andere Abteilung bietet kostenpflichtig Mediatoren für Konfliktfälle an. Sie werden gerade an der Europa-Universität Viadrina mit Zusatzwissen über Planungsverfahren und Naturschutzfragen qualifiziert. Natürlich könnten sie nicht garantieren, dass jeder Streit gelöst werde, sagt Mediatorenausbilder Markus Troja. Er selbst habe aber erst kürzlich einen komplizierten Streitfall in der Hellwegbörde geschlichtet.

Dort, am Rand der Westfälischen Bucht, standen bereits mehr als 250 Windkraftmasten, als die Landesregierung 2004 ein Areal zum Vogelschutzgebiet erklärte. Die Betreiber wollten die Anlagen modernisieren, während die Naturschützer die Vögel lieber von Störfaktoren befreien wollten. Ein Jahr lang sprach der Schlichter mit den Betroffenen in Einzel- und Plenarsitzungen. Dann stand der Kompromiss: Die Vogelschützer unterstützten das »Repowering«, wenn dafür die Zahl der Anlagen sinkt. Und alle Beteiligten verpflichteten sich zu regelmäßigen Treffen.

Bei Günter Raake auf Rügen ist indes kein Ende des Streits abzusehen. Noch hofft seine Bürgerinitiative, dass die Baupläne scheitern. In dem Fall werde er in seinem Garten einen 100 Meter langen Tisch aufstellen und das ganze Dorf zum Grillen einladen, sagt Raake. »Und dann reden wir alle wieder miteinander.«